



## Presseschau vom 03.09.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### **Andreas Peter: „Europa hatte keinen Che Guevara, es hatte Mikis Theodorakis“ – Zum Tod des griechischen Musikstars**

Der wahrscheinlich bedeutendste griechische Komponist der Neuzeit, Mikis Theodorakis ist tot. Er starb im Alter von 96 Jahren in Athen. Theodorakis war allerdings mehr als nur ein weltbekannter Komponist. Er galt generationsübergreifend als ein nationales Symbol Griechenlands. Ein Nachruf. ...

<https://snanews.de/20210903/europa-hatte-keinen-che-guevara-es-hatte-mikis-theodorakis--zum-tod-des-griechischen-musikstars-3456343.html>

#### **Kaspar Sachse: Hilfe! Der Wahl-O-Mat macht mich zum Nazi! Oder: Warum werden meine Anliegen gar nicht thematisiert?**

Seit Mittwoch ist der Wahl-O-Mat zur anstehenden Bundestagswahl online. Während beispielsweise der Klimawandel, Migration und Gender viel Platz einnehmen, fallen Themen wie die Corona-Krise, die deutsche NATO-Mitgliedschaft oder soziale Fragen kaum ins Gewicht. Umso kurioser sind oftmals die Ergebnisse. ...

<https://kurz.rt.com/2n9u>

#### **Ilona Pfeffer: 50 Jahre BAföG: Armutszugnis für Bildungsministerin Anja Karliczek (CDU)**

Am 1. September 1971 führte die Brandt-Regierung mit dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) eine Sozialleistung für Studierende ein. ...  
<https://snanews.de/20210903/bafoeg-bildungsministerin-anja-karliczek-3460490.html>

snanews.de: **Hartz IV Satz wird 2022 um 3 Euro erhöht – „blanker Hohn“, sagt der Paritätische Wohlfahrtsverband**

Nächstes Jahr soll der Hartz IV Regelsatz um 3 Euro für Jugendliche und Erwachsene und um 2 Euro für Kinder unter 14 erhöht werden. Die Anhebung sei „lächerlich gering“ und gleiche nicht einmal die Inflation aus, kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband. ...  
<https://snanews.de/20210903/hartz-iv-satz-wird-2022-um-3-euro-erhoeht-3463223.html>

*Dagmar Henn:* **Annalena und die verdrängte Wahrheit über Rot-Grün**

Es gibt ein Phänomen des menschlichen Geistes, das immer dann zum Zug kommt, wenn man schmerzliche oder zumindest unangenehme Informationen nicht wahrnehmen will: Es nennt sich Verdrängung. Grünen-Kandidatin Annalena Baerbock lieferte dafür gerade ein Lehrbuchbeispiel. ...  
<https://kurz.rt.com/2nb1>

**abends/nachts:**

de.rt.com: **"Gerechter" Drohnenangriff in Kabul tötete "mindestens einen" ISIS-K-Terroristen**

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin und US-Generalstabschef Mark Milley stellten sich am Mittwoch in Washington Fragen zum Truppenabzug aus Afghanistan. Auch der US-Drohnenangriff vom Sonntag kam zur Sprache. Dem US-Generalstabschef zufolge war er "rechtmäßig".

Der US-Drohnenangriff am vergangenen Sonntag in Kabul, bei dem offenbar auch sieben Kinder getötet worden sind, war laut dem obersten Militärkommandanten der USA "gerecht", erfolgte nach ordnungsgemäßen Verfahren und beseitigte "mindestens eine" Person, die ein "Vermittler" für die Terroristen des Islamischen Staates Chorasani (ISIS-K) gewesen sei.

Der Angriff hatte einem Fahrzeug in der afghanischen Hauptstadt gegolten, das nach Angaben des US-Zentralkommandos eine "unmittelbare" Bedrohung für die Evakuierungsbemühungen darstellte, die zu diesem Zeitpunkt am internationalen Flughafen Hamid Karzai in Kabul liefen. Lokale Medien berichteten jedoch, dass beim Anschlag zehn Zivilisten getötet worden seien – darunter auch Kinder. Auch das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) erklärte den Medien, dass sieben Kinder unter den Opfern seien.

Bei einer Pressekonferenz am Mittwoch im Pentagon wiederholte US-Generalstabschef Mark Milley die Erklärung des US-Zentralkommandos CENTCOM, dass "sekundäre Explosionen" ein Beweis dafür seien, dass das Fahrzeug den Flughafen angreifen sollte. Vom US-Militär hieß es unmittelbar nach der Aktion, dass man in Kabul einen unbemannten "Selbstverteidigungsluftangriff" auf ein Fahrzeug durchgeführt hätte, um eine unmittelbar bevorstehende Bedrohung des internationalen Flughafens Hamid Karzai durch ISIS-K zu beseitigen.

Das CENTCOM hatte zunächst auch erklärt, es gebe "keine Hinweise" auf zivile Opfer. Nachdem jedoch in Berichten lokaler Medien die Toten namentlich genannt worden waren, sagte ein CENTCOM-Sprecher, dass man "zutiefst traurig über den möglichen Verlust unschuldiger Leben" sei. Er behauptete jedoch, dass die Opfer nicht durch die US-Drohne, sondern durch die Explosion des Fahrzeugs selbst verursacht worden sind.

Nach der Zerstörung des Autos sei es "zu erheblichen und starken Explosionen gekommen", was auf eine große Menge an Sprengstoff im Inneren des Fahrzeugs hindeute, "die möglicherweise weitere Opfer gefordert hat", hieß es vom US-Zentralkommando.

Der US-Generalstabschef erklärte nun Reportern, dass man "zum jetzigen Zeitpunkt" davon ausgehe, "dass die Vorschriften korrekt befolgt wurden und es sich um einen rechtmäßigen Anschlag handelte". Milley fügte hinzu, dass "mindestens eine" Person, die getötet wurde, ein "Vermittler" für ISIS-K war. Die Terrorgruppe hatte sich zuvor zu dem Selbstmordattentat vom vergangenen Donnerstag vor dem Flughafen bekannt, bei dem schätzungsweise bis zu 200 afghanische Bürger und 13 US-Soldaten getötet worden waren.

"Wurden auch andere getötet? Ja. Wer sind sie? Wir wissen es nicht", sagte US-Generalstabschefs und fügte hinzu, dass es eine Untersuchung geben werde.

Auf die Frage nach den zivilen Opfern hatte auch Pentagon-Sprecher John Kirby am Montag Reportern erklärt, dass man "im Moment nicht in der Lage ist, dies zu bestreiten". Kurz darauf waren die letzten US-Flugzeuge aus Kabul abgehoben und hatten die zweiwöchige Luftbrücke beendet, die Präsident Joe Biden am Dienstag als "außerordentlichen Erfolg" bezeichnete.

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin erklärte am Mittwoch vor Reportern, dass man die Abläufe beim Truppenabzug aus Afghanistan evaluieren will. Die vergangenen Tage seien für viele schwierig gewesen. Er hoffe aber, dass das Land "mit Bedacht und Respekt" auf den Einsatz in Afghanistan zurückschauen werde. Austin fügte hinzu:

"Ich werde immer stolz sein auf die Rolle, die wir in diesem Krieg gespielt haben."

Zugleich räumte er aber ein, dass es auch innerhalb des Militärs und unter Afghanistan-Veteranen andere Ansichten gebe. Er habe in den vergangenen Tagen deutliche Meinungen von verschiedenen Seiten gehört. Es gebe unterschiedliche Auffassungen in beiden politischen Lagern, so Austin. "Und das ist wichtig. Das ist Demokratie. Das ist Amerika."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6130c9fab480cc729f23a774.JPG>

### **wpered.su: Die KP der DVR hat an einer Videokonferenz der SKP-KPSS zu Fragen der Wahlen zur Staatsduma der RF teilgenommen**

Am 2. September, fand eine Videokonferenz von Vertretern von Parteien, die zur SKP-KPSS gehören statt. An dieser nahm die KP der DVR teil, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Der erste stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der SKP-KPSS Kasbek Tajsajew wandte sich an die Teilnehmer der Versammlung mit der Bitte, beim der Kampagne zu den Wahlen zur Staatsduma der RF außerhalb Russlands in Unterstützung der KPRF Hilfe zu leisten. Er unterstrich auch die Wichtigkeit der Agitationsarbeit unter den Vertretern von Landsmannschaften auf russischem Territorium.

Nach seinen Worten werden an den bevorstehenden Wahlen etwa 3,5 Mio. russische Bürger, die außerhalb der RF leben, teilnehmen. Allein in der DVR und der LVR leben 700.000 Bürger der Russischen Föderation, die in diesem Jahr nicht nach Wahlkreisen sondern über

Parteilisten abstimmen werden. Deshalb ist es sehr wichtig, die Wahlkampagne zu den Wahlen zur Staatsduma der RF außerhalb Russland in Unterstützung der KPRF erfolgreich zu führen.

Der Erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow berichtete seinerseits über den Verlauf des Wahlkampfes in der Donezker Volksrepublik, über die Beteiligung der Kommunistischen Partei der DVR daran, über die Durchführung von Veranstaltungen zur Unterstützung der KPRF. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf die Verschärfung der Situation an der Frontlinie durch die Schuld der ukrainischen Streitkräfte nach dem kürzlichen Besuch des ukrainischen Präsidenten in den USA. Im Zusammenhang damit gibt es die Befürchtung, dass die Lage sich vor den Wahlen zuspitzen wird.

Kasbek Tajsajew dankte den Kommunisten der Donezker Volksrepublik für ihre Arbeit und äußerte die Überzeugung, dass die Einwohner des Donbass bei den bevorstehenden Wahlen massenhaft für die KPRF stimmen werden.

### de.rt.com: **Biden sichert Selenskij 60 Millionen Dollar für Panzerabwehr gegen "russische Angriffe" zu**

Bei dem Treffen im Oval Office des Weißen Hauses sicherte Joe Biden Wladimir Selenskij erneut Unterstützung zu – um sich "vor russischen Angriffen schützen zu können". Diese fiel allerdings nicht so hoch aus wie von der ukrainischen Seite erwartet. Sie wirbt für einen unverzüglichen NATO-Beitritt.

Die USA bauen ihre Militärhilfe für die Ukraine aus und liefern dem Land weitere Rüstungsgüter. Diese sollen nach ukrainischen Angaben für "Verteidigung gegen Russland" ausgegeben werden. Nach dem Arbeitstreffen von US-Präsident Joe Biden mit seinem ukrainischen Kollegen Wladimir Selenskij am Mittwoch im Weißen Haus kündigten die USA ein neues "Sicherheits-Hilfspaket" im Umfang von 60 Millionen Dollar (51 Millionen Euro) an.

Darin enthalten seien zusätzliche Panzerabwehrraketen vom Typ Javelin und andere tödliche und nicht tödliche Rüstungsgüter, "damit sich die Ukraine wirksamer gegen eine russische Aggression verteidigen kann". Die US-Unterstützung für die ukrainischen Sicherheitskräfte seit 2014 beläuft sich nach Angaben des Weißen Hauses auf 2,5 Milliarden Dollar, davon allein 400 Millionen Dollar in diesem Jahr.

Insgesamt werde "die Partnerschaft zwischen unseren Ländern stärker", sagte Biden. Man unterstütze die "euroatlantischen" Bestrebungen der Ukraine und teile gemeinsame Werte. Beim Treffen mit Pentagon-Chef Lloyd Austin hat Selenskij ein Rahmenabkommen über strategische Verteidigung abgeschlossen. Beide Seiten haben auch ein Abkommen über gemeinsame Forschung im Bereich der Waffenentwicklung ausgearbeitet und neben einer Reihe weiterer Dokumente ein Memorandum über die Zusammenarbeit in der Raumfahrt unterzeichnet.

In einer gemeinsamen Erklärung nach dem Treffen im Weißen Haus unterstrichen die USA und die Ukraine auch ihren anhaltenden Widerstand gegen die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2. Die beinahe fertiggestellte Pipeline – die unter Umgehung der Ukraine Gas von Russland nach Deutschland liefern soll – sei "eine Bedrohung für die Energiesicherheit Europas". Die USA sicherten Kiew zu, sich dafür einzusetzen, dass die Ukraine Transitland für russisches Gas bleibe.

Obwohl die USA der Ukraine auch weitere millionenschwere Hilfsgelder versprochen – etwa für Donbass-Flüchtlinge oder die Corona-Bekämpfung –, hat die Visite aus Sicht der ukrainischen Führung ihren Hauptzweck nicht erfüllt: Die Ukraine hat auf dem Weg zur NATO-Mitgliedschaft keinen Schritt vorwärts gemacht.

Wie die Forderung des ukrainischen Präsidenten an Biden aussehen könnte, hat am Mittwoch der ukrainische Botschafter in Berlin Andrei Melnick zur Sprache gebracht. Ihm zufolge muss die Ukraine die Mitgliedschaft in der NATO als Gegenleistung für die Fertigstellung der

Pipeline erhalten. "Die Ukraine braucht keine Zusicherungen, sondern konkrete verbindliche Sicherheitsgarantien seitens der USA und Deutschlands, am besten im Rahmen einer zügigen NATO-Mitgliedschaft", forderte er in einem Kommentar für Die Welt.

Doch der Ukraine wurde während des Treffens nichts Konkretes für die NATO-Perspektive in Aussicht gestellt, auch nicht der sogenannte Aktionsplan zur Mitgliedschaft (MAP). In der Erklärung hieß es nur allgemein: "Die Vereinigten Staaten unterstützen das Recht der Ukraine, ihren künftigen außenpolitischen Kurs ohne Einmischung von außen selbst zu bestimmen." Das gelte auch für die Bestrebungen des Landes, der NATO beizutreten. Die Sprecherin des Weißen Hauses Jen Psaki betonte, die USA entschieden nicht darüber, wer NATO-Mitglied werde.

Die ukrainische Internetzeitung strana.ua bringt das Zögern der USA mit Rücksichtnahme auf Moskau in Verbindung. "Es gibt keine Zusage, die Ukraine zu einem wichtigen Verbündeten außerhalb des Bündnisses zu machen. Das heißt, Biden will das Thema nicht vorantreiben, offenbar um Moskau nicht zu verärgern."

Dennoch hat der Kreml die Beziehungen der Ukraine zu den USA als Bündnis gegen Russland bezeichnet. "Sie sind nicht wegen einander befreundet, sondern gegen Russland", sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Donnerstag der Agentur Interfax zufolge. "Das kann nur Bedauern hervorrufen", kritisierte Peskow, der Präsident Wladimir Putin auf einer Reise in den äußersten Osten Russlands begleitete.

Der Kremlsprecher warnte davor, dass die US-Militärhilfe zu einer erneuten Eskalation in der Ostukraine führen könnte. Die neuen Waffen könnten zum Auslöser "unvorhersehbarer Aktionen" der ukrainischen Seite werden und Versuche befördern, den Konflikt gewaltsam zu lösen. "Das ist sehr gefährlich."

Regierungskritische Medien in der Ukraine haben die Visite in Washington als hohl bezeichnet. "Es gab zu viele altbekannte Allgemeinplätze und hohl anmutende Verlautbarungen. Man hätte nicht über den Ozean fliegen müssen, um sie zu bekommen. Und alle Zahlen zu den Beträgen in den Dokumenten und Abkommen verblassen gänzlich im Vergleich zu den Milliarden, die von den USA nach Afghanistan geflossen sind", schrieb der populäre politische Telegram-Kanal Klimenko Time.

In einer Analyse weist Klimenko Time darauf hin, dass die USA Selenskij bei der Zerschlagung der regierungskritischen Medien freie Hand lassen. "In der Ukraine gibt es ein außergerichtliches Vorgehen gegen die Medien und den Kampf gegen politische Gegner. Die USA machen in der gemeinsamen Erklärung deutlich, dass sie mit allem zufrieden sind. Selenskij hat von den USA einen Freibrief für die Fortsetzung dieser Politik erhalten. Jetzt ist es offiziell."

Obwohl Präsident Biden bislang nur ganz wenige Staats- oder Regierungschefs im Oval Office empfangen hat, blieb das Treffen des US-Präsidenten mit Selenskij von den US-Medien fast unbemerkt. Kritiker des ukrainischen Präsidenten wiesen spöttisch darauf hin, dass er mit seiner Delegation im Flughafen nur von wenigen drittklassigen US-Beamten empfangen worden war. Die US-Seite hatte den Besuchstermin des ukrainischen Präsidenten im Laufe des Sommers viermal verschoben, was ebenso auf mangelndes Interesse am Treffen hindeuten könnte.

Nichtsdestotrotz dürfte der ehemalige Schauspieler und TV-Produzent Selenskij seine mehrtägige US-Reise aus PR-Sicht durchaus als Erfolg bewerten. Zudem kann er sich im Inland bei vielen strittigen Fragen immer wieder auf das Wohlwollen des Biden-Teams berufen. "Die Beziehungen zwischen den USA und der Ukraine haben ein neues Niveau erreicht, wie eine gemeinsame Erklärung von Biden und Selenskij zeigt", sagte der Vorsitzende der Selenskij-Partei "Diener des Volkes" Aleksandr Kornienko.

"Der Westen unterscheidet klar zwischen Verbündeten und Rivalen und zwischen Demokratie und Autokratie. Wir stehen auf der westlichen Seite dieser Konfrontation, was bedeutet, dass es keine Rückkehr zur 'russischen Welt' geben wird", sagte er.

## **Steht die Ukraine weiterhin im US-Fokus?**

Was die Niederlage in Afghanistan für den "Demokratie-Transfer" in die Ukraine bedeuten könnte, ist derzeit ein großes Thema in den USA und in Russland. In seiner jüngsten Ansprache an die Nation hat Biden einerseits erklärt, künftig von "Interventionen zur Umgestaltung anderer Länder" Abstand zu nehmen. Das könnte jedoch manchen Experten zufolge zusätzlichen Ansporn für das US-Engagement in der Ukraine bieten: Die Deutsche Welle zitiert Alexandr Krajew von der Kiewer Denkfabrik "Ukrajinska Prisma" mit der Einschätzung, dass Bidens Interesse an Erfolgen in der Ukraine vor dem Hintergrund der Lage in Afghanistan gestiegen sein dürfte.

Ähnlich argumentiert auch der ehemalige US-Botschafter in Russland Michael McFaul in einem Kommentar in der Washington Post. Sollte "das ukrainische Demokratie-Experiment wackeln", gebe es "wenig Hoffnung" für Bidens Ansatz, die Demokratie weltweit zu stärken. Vor diesem Hintergrund könnte sich Selenskij doch Hoffnungen in Washington machen, auch wenn nicht alle seine Wünsche – wie etwa der sofortige NATO-Beitritt – erfüllt werden dürften.

Auf der anderen Seite hat Biden in seiner Ansprache betont, dass die USA sich nach dem Abzug aus Afghanistan nun intensiver dem "Wettstreit" mit China und Russland widmen werden. Die russischen Beobachter sehen deshalb in der fortschreitenden Annäherung der Ukraine an die USA nach wie vor ein großes Problem. Kiew pflegt gegenüber Russland ganz offiziell eine Rhetorik des Hasses und fällt immer wieder mit "extravaganten" Vorstößen wie etwa einer möglichen atomaren Aufrüstung auf. Die Ukraine sei für die USA ein direkt vor der russischen Grenze ausgehobener Graben, sagte ein in den USA ansässiger russischer TV-Korrespondent. Ausgerechnet jetzt, nach dem Ende des Afghanistan-Krieges, gebe es für die USA keinen Grund, auf diesen zu verzichten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6130dd80b480cc1ada744567.JPG>

**vormittags:**

### **de.rt.com: "Akt der Zensur abgeseget": Maria Sacharowa über DJV-Kommentar zur RT-Lizenzverweigerung**

Das russische Außenministerium zeigt sich über die Haltung des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV) angesichts der Verweigerung der Sendelizenz für RT schockiert.

Behördensprecherin Maria Sacharowa sieht die Berufseignung der DJV-Vertreter kritisch.

Bei ihrer wöchentlichen Pressekonferenz bezog Maria Sacharowa am Donnerstag in Moskau zu einem Kommentar des DJV-Sprechers Hendrik Zörner Stellung. Dieser hatte die Entscheidung luxemburgischer Behörden begrüßt, den Antrag auf Sendelizenz von RT / ANO TV-Novosti für den deutschsprachigen Raum abzulehnen. Zörners Aussage, wonach der Beschluss "ein Gewinn für den Rundfunk, für den Journalismus und für alle

Fernsehzuschauer" sei, steht Sacharowa zufolge im Widerspruch zu den Normen der professionellen Ethik und des elementaren Anstands. Bezüglich Zörners Aussage erklärte Sacharowa:

"Damit scheint er einen weiteren Akt der Zensur, eines Angriffs auf die freie Meinungsäußerung abgesegnet zu haben in seinem Land Deutschland, das stets die Achtung der Meinungsfreiheit betont, sich stets um Journalisten sorgt."

Die Abneigung gegenüber einem Massenmedium könne keine Frage des Geschmacks oder der politischen Einsichten sein, sondern sei eine Frage der Übereinstimmung der Tätigkeit eines Massenmediums mit der Gesetzgebung des jeweiligen Staates und seinen internationalen Verpflichtungen, erklärte Sacharowa ferner. Sie schloss nicht aus, dass der Grund für solche Äußerungen des DJV banale Eifersucht auf den größeren Erfolg von RT im Vergleich zu anderen Medienakteuren sein könnte, deren Interessen der DJV vertritt.

Sacharowa wies Russlands internationale Partner, darunter die OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien Teresa Ribeiro, darauf hin, dass solche Aussagen Zörners und seines Verbands nicht zum ersten Mal zur Diskussion gestellt sind. Diese würden die Berufseignung der Verbandsvertreter tatsächlich infrage stellen, so die russische Außenamtssprecherin.

In Bezug auf die Angriffe gegen die russischen Medien ist Deutschland laut Sacharowa ein einzigartiges Land. Sie erklärte:

"Wir beobachten, wie die deutschen Journalisten ihre Kollegen schikanieren und buchstäblich einen Krieg gegen sie entfesselt haben. Wenn sie die russischen Journalisten nicht als ihre Kollegen betrachten, ist das nicht das Problem der russischen Journalisten."

Sollte es Fakten und Belege geben, die die Motive für die Abneigung der deutschen Journalisten gegenüber dem russischen TV-Sender belegen, so sollten diese öffentlich gemacht und Russland vorgelegt werden, so Sacharowa. Die russische Außenamtssprecherin forderte die Vertreter des DJV auf, ihrem Beruf gerecht zu werden:

"Seien Sie Journalisten, keine Propagandisten."

Sacharowa hob besonders hervor, dass die Rhetorik des DJV für die allgemeine Atmosphäre der Diffamierung und Hetzjagd plakativ sei. Diese werde trotz des jüngsten Dementis von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Bundesrepublik mit aktiver Unterstützung der lokalen Behörden gezielt gegen RT geschürt. Dazu zählte die Beamtin wiederholte Medienberichte über Konsultationen zwischen den deutschen und luxemburgischen Behörden, an denen Vertreter der Geheimdienste beider Länder teilgenommen haben sollen.

Die Sprecherin des russischen Außenamtes fasste zusammen:

"Natürlich hat die kaum verhüllte Aggression gegen den Fernsehsender Russia Today bereits gewisse Reflexe der allgemeinen Straflosigkeit gegenüber den russischstämmigen Medien ausgelöst."

Als jüngstes Beispiel erwähnte Sacharowa die Zeitung Die Welt, die trotz der vorliegenden Beschlüsse zweier deutscher Gerichte weiterhin die Forderungen ignoriert, diffamierende Materialien über RT aus ihren Online-Ressourcen zu löschen.

Abschließend wandte sich die Sprecherin des russischen Außenministeriums an die zuständigen internationalen Behörden und insbesondere an die OSZE, auf solche "eklatanten Verstöße gegen die Medienfreiheit" adäquat zu reagieren. Darüber hinaus appellierte sie an die deutsche Bundesregierung, die Beeinträchtigung der Rechte der russischen Medien und Journalisten zu beenden und zur ordnungsgemäßen Umsetzung der internationalen Verpflichtungen im Bereich des Meinungspluralismus zurückzukehren.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/613123fbb480cc1beb355ba3.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 2. September 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

**Golubowskoje** wurde mit Granatwerfern (**5 Granaten**) und Schusswaffen beschossen. Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.de: **Nach US-Drohnenangriff in Kabul: Betroffene Familie fordert Antworten**

Nach einem US-Drohnenangriff in Afghanistan, bei dem zehn Familienmitglieder ums Leben gekommen sind, fordert die betroffene Familie, Beweise für die Anschuldigungen vorzulegen, mit denen die US-Regierung die Attacke rechtfertigt und zu erklären, wie es dazu gekommen ist. Dies meldete die Nachrichtenagentur Associated Press am Donnerstag.

Eine US-Drohne schlug am Sonntag in den Hof der Ahmadi-Familie ein, wo kurz zuvor eine ausgelassene Feier zur Begrüßung des ältesten Bruders der Familie stattgefunden hatte.

Die Drohne tötete laut den Ahmadis zehn Familienmitglieder, darunter sechs Kinder. Laut dem Weißen Haus handelt es sich um sieben getötete Kinder.

Hochrangige US-Militärbeamte sagten, der Drohnenangriff habe ein Ziel des Islamischen Staates getroffen und die Fähigkeit der Extremisten geschwächt, die letzte Phase des US-Abzugs und der Evakuierung Tausender Menschen aus Afghanistan weiter zu verhindern.

US-Armeegeneral Mark Milley sagte am Mittwoch, dass mindestens eine der beim Drohnenangriff getöteten Personen ein „Vermittler des Islamischen Staates“ gewesen sei.

Die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, bestätigte am Donnerstag die Berichte über zivile Opfer und sagte, sie würden untersucht.

Aber die empörte Familie Ahmadi verlangt Beweise und bestreitet, dass im Auto Sprengstoffe waren.

„Sie müssen uns Antworten geben. Ist unser Blut so wertlos, dass wir nicht einmal eine Erklärung bekommen“, fragen die Ahmadis.

Jedoch behaupten die US-amerikanischen Beamten, darunter einige, die den Angriff in Echtzeit über Video-Feeds verfolgten, sie hätten das Auto mehrere Stunden lang beobachtet und gesehen, wie Sprengstoffe in den Kofferraum geladen worden seien.

Für die Ahmadis sei der Vorwurf, dass ihre Familie in eine IS-Gruppe involviert sein soll, verheerend.

„Wenn Sie Beweise haben, sage ich: Los, tötet mich, aber zeigen Sie mir den Beweis“, sagte Emal Ahmadi, dessen 3-jährige Tochter auch unter den Toten war.

Sein ältester Bruder Zamarai und sein Neffe Nasir Haideri wurden bei dem Angriff ebenfalls getötet. Sie hatten für mit der US-Regierung verbundene Firmen gearbeitet und spezielle

Einwanderungsvisa für Afghanen beantragt, um in die USA zu fahren.

Die Familie Ahmadi kann nicht begreifen, warum trotz der guten Aufklärungsdaten die Zivilisten durch den Drohnenangriff getötet worden seien.

„Sie haben so eine Hochtechnologie, dass sie eine Ameise auf dem Boden sehen können, aber sie konnten nicht den Garten voll von Kindern sehen?“

US-Regierungssprecherin Jen Psaki lehnte diese Vorwürfe ab.

Aber Douglas London, der als Anti-Terror-Chef der CIA die Region bis 2019 überwachte, sagte, der Angriff und die daraus resultierenden Todesfälle „veranschaulichen wirklich ein Handicap, da wir keine Präsenz vor Ort haben, um die besten und aktuellsten Informationen zu sammeln.“

Am 26. August war es in Afghanistan zu mehreren Explosionen mit mehr als 170 Toten gekommen. Vor dem Kabuler Flughafen gab es zwei Explosionen – eine an einem der Zugänge zum Passagierterminal und eine bei einem nahegelegenen Hotel. Die USA haben dabei 13 Angehörige ihrer Streitkräfte verloren. Später kam es noch zu weiteren Explosionen im Stadtgebiet von Kabul. Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ bekannte sich zu den Angriffen. Der US-Drohnenangriff vom Sonntag sollte angeblich einen weiteren Anschlag auf den Flughafen verhindern.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/03/3457263\\_0:160:3073:1888\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_154ea39c3b45c6dfea34b9fe49344a33.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/03/3457263_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_154ea39c3b45c6dfea34b9fe49344a33.jpg)

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 2. September 3:00 Uhr bis 3. September 3:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

*Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).*

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die Ortschaft **Luganskoje**.

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zur Verletzung des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein. Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 9.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

### sputnik.by: **KGB hat "Hofman-Trupps" zur Terroristenliste hinzugefügt**

Auch Olga Karach und Denis Hofman sind in dieser Liste des KGB enthalten.

Die Formation "Zivile Selbstverteidigungseinheiten" wurde vom KGB auf eine Liste von Organisationen gesetzt, die am Terrorismus beteiligt sind. Dies zeigt die aktualisierte Liste der am Terrorismus beteiligten Personen und Organisationen, die auf der KGB-Website veröffentlicht wurde.

Zuvor hatte ein Gericht in Weißrussland die "Zivilen Selbstverteidigungseinheiten" als Terrororganisation eingestuft, ihre Aktivitäten im Land sind verboten. Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft wurden die sogenannten "Hofman-Trupps" im September 2020 geschaffen. Weil Mitglieder dieser Organisation in Weißrussland terroristische Handlungen begangen haben, wurden Strafverfahren eingeleitet, gemäß Artikel 289 (Terrorakt) und Artikel 359 (Terrorakt gegen einen Staat oder eine Person des öffentlichen Lebens) des Strafgesetzbuches der Weißrussland.

In Bezug auf Olga Karach, die Weißrussland im Jahr 2020 verließ, leitete der KGB einen Fall nach zwei Artikeln ein. Karach und Hofman tauchen auch in den Unterlagen zum Fall des versuchten Militärputsches in Weißrussland auf.

#### **KGB-Liste**

Die Terroristenliste des KGB ist öffentlich. Sie umfasst hauptsächlich Bürger aus Afghanistan, Jemen, Ägypten, Nigeria, Irak und anderen Ländern, die ebenfalls auf der internationalen Fahndungsliste stehen.

Vor den Ereignissen des Jahres 2020 gab es dort keine belarussischen Bürger, Roman Protasewitsch und Stepan Putilo, die Schöpfer des als extremistisch eingestuften NEXTA-Telegram-Kanals, waren die ersten Weißrussen, die darin aufgenommen wurden.

Im Winter 2021 aktualisierte der KGB die Liste und fügte etwa 20 weitere Bürger Weißrusslands hinzu. Dabei wurden zum ersten Mal fünf Frauen mit belarussischer Staatsbürgerschaft in diese Liste aufgenommen - Galina Derbysch, Ljubow Resanowitsch, Irina Melcher, Irina Gorjatschkina und Olga Majorowa.

Darüber hinaus sind Nikolai Awtuchowitsch, Pawel Sawa, Artur Popok, Sergej Resanowitsch, Anton Melcher, Wiktor Snegur, Wladimir Gundar, Igor Olinewitsch, Dmitrij Dubowskij, Sergej Romanow und Dmitrij Resanowitsch in der Liste enthalten, alle nach Art. 289 „Terrorakt“. Alle außer Arthur Popok wurden festgenommen, Popok wurde auf die Fahndungsliste gesetzt.

Im April wurden 17 weitere Personen in die Liste aufgenommen, darunter Swetlana Tichanowskaja, Pawel Latuschko sowie 15 weitere Bürger der Republik Belarus, die sich im Ausland befinden.



[https://cdn11.img.sputnik.by/img/101348/96/1013489666\\_0:71:2049:1223\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_b1c62295f5b0775cd505de27bd55d193.jpg](https://cdn11.img.sputnik.by/img/101348/96/1013489666_0:71:2049:1223_1920x0_80_0_0_b1c62295f5b0775cd505de27bd55d193.jpg)

Lug-info.com: In der LVR sind am 3. September um 9:00 Uhr 9395 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 7393 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 930 Todesfälle.

### de.rt.com: **Wirtschaftsforum in Wladiwostok: Putin kündigt Steueranreize auf den Kurilen an**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Freitag an der Plenarsitzung des Eastern Economic Forum (EEF) teilgenommen. Er versprach Steuererleichterungen auf den Kurilen, betonte die wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie und sagte, dass er kein Smartphone besitzt.

Zu Beginn der Veranstaltung unterstrich Putin einmal mehr, dass er kein persönliches Handy besitzt. Der Moderator Sergei Briljow sagte zum russischen Staatsoberhaupt: "Ich habe Sie beobachtet, bevor Sie die Bühne betraten, und mich vergewissert, dass Sie nicht Angela Merkel sind. Sie haben definitiv kein Handy dabei. Es wird während der Veranstaltung also nicht klingeln". Danach fragte der Journalist, ob Putin überhaupt ein Handy nutze. "Nein", antwortete Putin.

Das russische Staatsoberhaupt teilte mit, dass sich das Wirtschaftsleben von der Corona-Pandemie erholt und wie gewohnt weitergeht. Das hohe Interesse an der Entwicklung des russischen Fernen Ostens sei eine Bestätigung dafür. Nach einer pandemiebedingten Zwangspause begrüße die Stadt Wladiwostok wieder Unternehmer und Experten aus Dutzenden Ländern der Welt, sagte Putin. Er fügte hinzu, dass russische Behörden trotz Pandemie versucht hätten, die Umsetzung großer Wirtschaftsprojekte zu beschleunigen. So habe sich das Volumen der angesammelten ausländischen Direktinvestitionen im Fernen Osten in den vergangenen sechs Jahren fast verdoppelt und 80 Milliarden US-Dollar (rund 67 Milliarden Euro) erreicht. Die Industrie der Region sei in diesen Jahren stärker gewachsen als in anderen Teilen des Landes.

Außerdem kündigte er beispiellose Steuererleichterungen für die nächsten zehn Jahre auf den Kurilen an. Nicht nur inländische Unternehmen, sondern auch ausländische Investoren, einschließlich Unternehmen aus Japan, sollen von den Steuer-, Zoll- und Verwaltungsvergünstigungen profitieren. Der Präsident brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Maßnahme greifbare Ergebnisse für die Entwicklung der Inseln und für die Einleitung vielversprechender Projekte in Bereichen wie Tourismus und Fischverarbeitung bringt.

Den fehlenden Friedensvertrag zwischen Russland und Japan, dem der Streit um die Kurilen-Inseln zugrunde liegt, bezeichnete Putin als Unsinn:

„Wir finden, dass das Fehlen eines solchen Dokuments in unseren Beziehungen unsinnig ist, zumal sowohl Russland als auch Japan an einer vollständigen Normalisierung unserer Beziehungen interessiert sind. „

Moskau habe immer dazu aufgerufen, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs, wie sie in internationalen Dokumenten festgelegt sind, zu respektieren, und habe den Dialog über einen Friedensvertrag nie abgelehnt.

Putin forderte außerdem, den Aufbau eines nationalen Systems zur Überwachung des Permafrostzustandes zu beschleunigen. Das System soll bis Ende 2021 eingerichtet werden.

„Die Arktis hat einen großen Einfluss auf das globale Klima. Für uns ist es wichtig, die hier stattfindenden Prozesse zu verstehen und vorherzusagen. Dafür brauchen wir eine verlässliche Grundlage, genaue wissenschaftliche Daten und Prognosen“, sagte der Präsident.

Zudem sprach er die natürlichen Ressourcen des Landes an. Er sagte, Russland trage eine große Verantwortung, mit diesen Reichtümern umsichtig und sparsam umzugehen. Die

Entwicklung der fernöstlichen Region sei für das Land von enormer Bedeutung und eine Entwicklungsperspektive in den kommenden Jahrhunderten. „Wenn wir davon ausgehen, dass auch die Arktis zu diesen Gebieten gehört, wird noch deutlicher, warum wir dieser Region in den letzten Jahren mehr Aufmerksamkeit widmen“, sagte Putin am Freitag. Die Arktis mache 18 Prozent des Landes aus und beherberge weltweite Rohstoffreserven, die nicht nur für Russland, sondern für die ganze Welt wichtig sind, so der Präsident.

Putins Arbeitsreise nach Wladiwostok im äußersten Osten Russlands hat am 1. September begonnen. Das Eastern Economic Forum findet vom 2. bis 4. September statt. Es wurde im Jahr 2015 gegründet, um die internationale Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum auszubauen. Vergangenes Jahr wurde das Forum aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6131c6a5b480cc094459fcc9.jpg>

Mzdnr.ru: Am 2. September wurden in der DVR 880 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 313 positiv, bei 33 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 3. September um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 57.711 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

7344 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 46.210 als gesund entlassen, es gibt 4157 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 164 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 25 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 126 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2596 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 921 mit Sauerstoffunterstützung (+76 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2248 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

de.rt.com: **Russland kündigt Bau neuer Industriestadt nahe Wladiwostok an**

Nahe der russischen Fernostmetropole Wladiwostok soll eine neue Industriestadt errichtet werden, die den Namen Sputnik tragen soll. Das russische Ministerium für die Entwicklung des Fernen Ostens und der Arktis bekräftigte diese Entscheidung am Freitag.

Das neue Ballungszentrum soll rund 30 Kilometer von Wladiwostok entfernt auf einer Fläche von 925 Hektar entstehen, wie die Wirtschaftszeitung RBK berichtete. Eine entsprechende Vereinbarung wurde am Freitag im Rahmen des internationalen Ost-Wirtschaftsforums in Wladiwostok unterzeichnet. Rund drei Millionen Quadratmeter Wohnfläche sollen in Sputnik bebaut werden. Den Plänen zufolge soll die neue Industriestadt bis zu 300.000 Einwohner beherbergen.

An dem Projekt sollen sich föderale Entwicklungsinstitute sowie die staatliche Wneschekonombank beteiligen, teilte die Regierungschefin der russischen Region Primorje Wera Schtscherbina mit. Ihr zufolge soll Sputnik zu einer modernen Stadt mit einem

komfortablen Umfeld werden. Sie betonte die große Bedeutung des Projekts für die Region und sicherte ihm weitgehende Unterstützung zu.

Gadschimagomed Gusseinow, der stellvertretende russische Minister für die Entwicklung des Fernen Ostens und der Arktis, hob die günstige Lage der künftigen Stadt unweit des Flughafens, des Zentrums der Pazifik-Metropole Wladiwostok und einer weiteren Großstadt der Region Artjom hervor. Dies würde Sputnik für Bauunternehmen sehr attraktiv machen. Zuvor hatte bereits Russlands Verteidigungsminister Sergei Schoigu Vorschläge zum Bau mehrerer neuer Städte in Sibirien unterbreitet. Der Kreml befürwortet die Pläne.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6131d8a2b480cc094a44fb23.jpg>

**nachmittags:**

snanews.de: **Afghanistan will wirtschaftliches Comeback mithilfe Chinas**

Die Taliban wollen nach der Machtübernahme in Afghanistan möglichst schnell eine neue Regierung bilden und rechnen sogar mit einem wirtschaftlichen Comeback – mithilfe von China. Dies teilte der Sprecher der radikal-islamistischen Organisation, Sabiullah Mudschahid, in einem Interview mit der italienischen Tageszeitung „La Repubblica“ mit. „China ist unser wichtigster Partner und stellt für uns eine grundlegende und außergewöhnliche Chance dar, weil es bereit ist, zu investieren und unser Land neu aufzubauen“, wird der Taliban-Sprecher im Interview zitiert.

Die Taliban hielten sehr viel von dem Projekt der „Neuen Seidenstraße“, einer Infrastrukturinitiative, mit der China seinen globalen Einfluss durch die Öffnung von neuen Handelswegen erhöhen will. Es gebe „reiche Kupferminen im Land, die dank den Chinesen wieder in Betrieb genommen und modernisiert werden können. Darüber hinaus ist China unser Passierschein zu den Märkten auf der ganzen Welt“, sagte Mudschahid.

Angesprochen auf die Beziehungen zu Russland sagte er, die Taliban unterhielten gute Beziehungen zu „solch einem wichtigen Partner wie Russland“. Die Beziehungen zu Moskau seien „hauptsächlich politisch und wirtschaftlich. Russland vermittelt weiterhin für uns und mit uns die Voraussetzungen für einen internationalen Frieden.“

Er sagte weiter, die Taliban wollen so schnell wie möglich eine Regierung der nationalen Einheit bilden – eine kompakte Regierung mit der Hälfte der bisherigen Ministerien. Dabei schloss er aus, dass Frauen Ministerposten bekleiden würden. Sie könnten als Krankenschwestern, bei der Polizei oder als Assistentinnen in Ministerien arbeiten, sagte er, bestätigte aber, dass Frauen auch künftig an Universitäten studieren dürfen.

Ein großes Fragezeichen bei der Regierungsbildung gebe es aber mit der Provinz Panjshir, der einzigen Provinz, die immer noch nicht unter Kontrolle der Taliban steht. Der Dialog mit der Bevölkerung der Region sei erfolglos, sagte der Sprecher.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/09/03/3459065\\_0:0:3250:1828\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_d55359a116ffb0a287616d88e7406830.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/09/03/3459065_0:0:3250:1828_1920x0_80_0_0_d55359a116ffb0a287616d88e7406830.jpg)

### snaneews.de: **Trotz der Lehre von Afghanistan: Westen setzt seine Politik des Aufzwingens fort – Putin**

Westliche Staaten setzen laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ihre Politik zum Aufzwingen eigener Standards fort - trotz der Lehre aus der Situation mit Afghanistan. Als Beispiel dafür führte er Sanktionen an.

„Sie sagen über Afghanistan: ‚Wir sind dorthin eingestiegen, haben viele Fehler gemacht.‘ Gleichzeitig wird dasselbe gegenüber anderen Ländern getan. Was sind Sanktionen? Das ist eine Fortsetzung derselben Politik, das Aufzwingen ihrer Standards“, sagte Putin beim Östlichen Wirtschaftsforum in Wladiwostok (Eastern Economic Forum) am Freitag.

Wenn ein Land Demokratie braucht, wird es laut Putin selbst auf diesen Weg kommen. „Man muss das nicht mit Gewalt tun“. Dabei bezeichnete er die Lage für die Afghanen, die für den kollektiven Westen arbeiteten und die Lage im Land nach dem Abzug der US-Truppen im Allgemeinen als Katastrophe. Ihm zufolge bezeichnen auch US-amerikanische Analytiker die aktuelle Situation mit diesem Wort. Washington habe für diese Kampagne mehr als eineinhalb Billionen Dollar ausgegeben. „Und was ist das Ergebnis?“

„Wenn man auf die Zahl der Menschen schaut, die in Afghanistan verlassen sind, die für den kollektiven Westen, für die USA und ihre Verbündeten gearbeitet haben, dann ist das auch eine humanitäre Katastrophe“, sagte der russische Präsident.

Russland ist ihm zufolge nicht an einer Desintegration Afghanistans interessiert, weil es dann gar keinen Gesprächspartner geben wird. „Je schneller die Taliban in die Familie der zivilisierten Völker einsteigen, desto leichter wird es zu kommunizieren, zu beeinflussen, wenn nicht zu fordern, dann Fragen aufzuwerfen, dass in zivilisierten Beziehungen zivilisierte Regeln beibehalten werden müssen“.

Man müsse die Realität in Kauf nehmen, in der die Taliban fast das ganze Territorium des Landes kontrollieren. Dabei betonte Putin, dass diese radikal-islamistische Organisation nicht heterogen ist, obwohl sie hauptsächlich aus paschtunischen Stämmen besteht. Auf dem Territorium Afghanistans gebe es heute viele Vertreter anderer Organisationen, einschließlich extremer Organisationen wie der IS. Viele Menschen seien aus Gefängnissen entlassen worden, darunter solche mit radikalen Aussichten.

Darüber hinaus sei es notwendig, die Bemühungen zu vereinen, um gemeinsam effektiv gegen Terrorismus, Drogenhandel und Kriminalität zu kämpfen. Putin unterstrich, dass gerade zu diesem Zweck die USA ihre Truppen nach Afghanistan nach dem Terroranschlag in New York geschickt hatten.

„Es gibt allgemeine Gefahren, gegen die nur gemeinsam gekämpft werden kann“, so Putin abschließend.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/03/3461336\\_0:0:2987:1680\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_ca8583022b8134e21febd48700672782.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/03/3461336_0:0:2987:1680_1920x0_80_0_0_ca8583022b8134e21febd48700672782.jpg)

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 28. August bis 3. September 2021**

**In den letzten 24 Stunden wurde eine Verletzung des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

**In Richtung Donezk** haben Kämpfer der 28. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Martschenko von den Positionen in der Nähe von Nowomichajlowka aus **Luganskoje** mit 120mm-Mörsern beschossen und 9 Mörsergeschosse abgefeuert.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Schäden an ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Der Verstoß wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

**In der letzten Woche** wurden insgesamt **16 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen festgestellt. Der Gegner hat Ortschaften der Republik unter Einsatz von Artillerie des Kalibers 122mm, Mörsern des Kalibers 120mm und 82mm, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Unter Beschuss von Seiten des Gegners befanden sich die Gebiete von **zehn Ortschaften**: Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Losowoje, Gorlowka, Dolomitnoje, Mineralnoje, Kaschtanowoje, Staromichajlowka, Wesjoloje, Leninskoje und Sachanka.

Infolge des Beschusses von Gorlowka und der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks wurden **drei Zivilisten verletzt, zwei davon minderjährige Kinder**. Außerdem wurden in

Kaschtanowoje Schäden an vier Wohnhäusern festgestellt: Kurortnaja-Straße 22, 26, 29 und Worowskij-Straße 21. Zudem wurden während des Beschusses von Gorlowka folgende

Häuser beschädigt: Tschajkowskij-Straße 14 und 16, Perekopskaja-Straße 27, Suchumskaja-Straße 1, Jaroschenko-Straße 2/2 und 3/2. Außerdem wurde durch Beschuss in

Staromichajlowka die Stromleitung zwischen den Häusern 15 und 16 in der Artjom-Straße durch Splitter durchschlagen, und im Kiewskij-Bezirk von Donezk wurden zwei Häuser in der

Kuinshdi-Straße 3 und 5 beschädigt.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis

gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die Versuche der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Beobachter der OSZE-Mission haben bestätigt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 11 Stück **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** in elf von Ukraine kontrollierten Ortschaften stationiert sind.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgssturmbrigade:

zwei Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Netajlowo;

zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet in Gnutowo;

ein Abwehrgeschütz „Strela-10“ in der Nähe von Wohnhäusern in Lebedinskoje;

ein T-64-Panzer zwischen Wohnhäusern in Kljutschewoje.

Aus dem Bestand der 30. mechanisierten Brigade:

fünf Mehrfachraketenwerfer „Grad“ in einem Wohngebiet von Warbarowka;

sechs 82mm-Mörser „Wasilek“ in der Nähe von Wohnhäusern in Drushkowa.

Aus dem Bestand der 58. Panzergrenadierbrigade:

ein Panzer in einem Wohngebiet von Memrik.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

vier Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Bogdanowka;

zwei Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Starognatowka;

zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet in Kasjanowka;

ein 135mm-Antipanzerraketekomplex „Konkurs“ in der Nähe von Wohnhäusern in Donskoje;

ein T-64-Panzer am nördlichen Rand von Priwolnoje.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:

zwei T-72-Panzer am Rand von Maximeljanowka.

Wir rufen die Einwohner der von Kiew besetzten Territorien auf, die Stationierung von Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe ihrer Häuser und von Objekten ziviler Infrastruktur nicht zuzulassen. Informieren Sie über alle Fälle Mitarbeiter der OSZE-Mission (*Angabe von Telefonnummern und E-Mail-Adresse*).

Nur die Öffentlichmachung der verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Kämpfer wird es erlauben, diese rechtzeitig zu verhindern und ihr eigenes Leben und das ihrer Verwandten und Freunde zu bewahren.

**Die ukrainischen Kämpfer verletzen weiter das Mandat der OSZE-Mission, indem sie das Monitoring mit Drohnen der Mission auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium behindern.**

Um die Entdeckung von verbotenen Waffen der 30., 93., 25. und 128. Brigade zu verhindern, hat der Gegner aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt.

In der letzten Woche wurden neun Fälle von Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der OSZE-Beobachter entlang der Kontaktlinie in den Gebieten folgender Ortschaften festgestellt: Nikolajewka Wtoraja, Bogdanowka, Tschermalyk, Nowoselowka Wtoraja, Kurdjmowka, Nowgorodskoje, Wodjanoje, Pawlopol, Talakowa, Sopino und Lebedinskoje.

Wir erhalten weiter Mitteilungen über Fälle der **Überschreitung der dienstlichen Vollmachten durch ukrainische Soldaten** von Bürgern der DVR und der Ukraine.

Von Ende August bis Anfang September haben Vertreter des SBU, der ukrainischen Streitkräfte, der Nationalgarde und der Polizei Übungen zur Bekämpfung von Diversions- und

Terrorgefahren auf dem Territorium der Oblaste Donezk und Lugansk durchgeführt. Die Trainings fanden in fünf Städten statt – Sewerodonezk, Lissitschansk, Mariupol, Slawjansk und Kramatorsk. Unter Deckung der Übungen drangen Soldaten in Häuser von Bürgern ein, hielten grundlos Fahrzeuge an und kontrollierten Dokumente bei der Bevölkerung. Das Fehlen eines Dokuments stellte die Betroffenen vor große Probleme, und es blieb nichts anderes übrig, als die Erpresser vor Ort zu bezahlen. Es wurden Dutzende Anzeigen von Bürgern an die Staatsanwaltschaft bezüglich Fällen von Plünderung, Erpressung und Konfiskation von Fahrzeugen während der Übungen registriert.

Das geringe moralisch-psychische Niveau der Soldaten der bewaffneten Formationen der Ukraine in der Zone der Strafoperation ist die Ursache für die **Zunahme nicht kampfbedingter Verluste**, die selbst während der Geltung eines Regimes der vollständigen Feuereinstellung nicht aufhören. Hauptursache der nicht kampfbedingten Verluste sind nach wie vor nicht zufriedenstellende professionelle Ausbildung sowie Konsum von Alkohol und Drogen durch ukrainische Soldaten.

Im Zeitraum vom 27. August bis 3. September betrugen die nicht kampfbedingten Verluste in der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ sieben Mann.

Am 28. August wurde der Kämpfer der Brigade „Asow“ Hauptmann Moskalenko infolge eines Verkehrsunfalls mittelschwer verletzt.

Am 30. und 31. August wurde festgestellt, dass drei Soldaten des 15. Bataillons der 58. Brigade im Gebiet von Nowogorodowka auf Minen gerieten.

Am 2. September starb im 2. Bataillon der 93. Brigade ein weiterer Soldat, als er auf eine Antipersonenmine PMN-2 geriet.

Außerdem tranken nach Informationen unserer Quelle im Stab der 25. Luftlandebrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Nowobachmutowka am 2. September die Soldaten des Verbandes Wlassow, Gubarjow und Tkatschenko auf den Frontpositionen alkoholische Getränke. Bei einem Trinkgelage mit Zechbrüdern kam ein Konflikt auf, der in einen Schusswechsel überging. Zwei Luftlandesoldaten wurden mit Schussverletzungen in ein Stadtkrankenhaus eingeliefert.

Gemäß dem Bericht des Leiters des militärischen Rechtsordnungsdienstes in der OOS **haben in der letzten Woche 72 ukrainische Kämpfer den Stationierungsort ihrer Truppenteile eigenmächtig verlassen**. Der größte Teil der Deserteure wurde in den Verbänden der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ festgestellt, wo 43 Personen flohen.

So gibt es trotz der aktiven Propagandakampagne des Militärkommandos der Ukraine zur Anhebung des Prestiges der ukrainischen Streitkräfte nach wie vor niemanden, der in die Reihen der „kampffähigsten Armee Europas“ eintreten will. Ein aufsehenerregender Fall von Mord durch den Major der ukrainischen Streitkräfte Witalij Winnik an einem Untergebenen wegen eines Posts in einem sozialen Netzwerk hat die Autorität des ukrainischen Kommandos auch nicht erhöht. Der Krasnoarmejskij-Bezirksgerichtshof der Oblast Donezk bewertete das Leben des von dem Offizier getöteten Soldaten mit fünf Jahren Freiheitsentzug und Wiedergutmachung in Höhe von 150.000 Griwna an die Verwandten. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Mörder nach ein paar Jahren wegen guter Führung in Freiheit kommt und wieder seine Funktion erhält, weil der Personalmangel in den Truppen vor allem an der Front 45 Prozent beträgt.

Gleichzeitig setzt das Verteidigungsministerium der Ukraine die Versuche fort, den Mangel zu beseitigen, und nutzt dabei die internationale Lage um die Flüchtlinge aus Afghanistan. Bis heute haben etwa 100 Flüchtlinge politisches Asyl in der Ukraine beantragt und diesen Sachverhalt nutzt das ukrainische Militärkommando. **Im Verteidigungsministerium wird die Frage behandelt, ob zweijährige Verträge mit männlichen afghanischen Flüchtlingen geschlossen werden**, die dann in den Donbass geschickt werden. Nach der Rückkehr wird ihnen und ihren Familien die ukrainische Staatsangehörigkeit angeboten. Für den Anfang ist die Rede von der Schaffung einer experimentellen Einheit, in der Afghanen bevorzugt

werden, die Erfahrung in Kampfhandlungen und Fertigkeiten bei Diversions- und Sabotagetätigkeiten haben. Als Übersetzer sollen Absolventen der Sprachfakultäten der Hochschulen eingesetzt werden, die Dari und Paschtu gelernt haben. Dabei muss das ukrainische Militärkommando wissen, dass sich unter den Flüchtlingen auch Mitglieder der verbotenen Organisation „Taliban“ befinden, aber zur Auffüllung des Personaldefizits an der Front verschließt das ukrainische Militärkommando die Augen vor diesem Sachverhalt. Das Kommando der OOS erstellt im Versuch, die Volksrepubliken zu beschuldigen, weiter **inszenierte Videoreportagen unter Heranziehung ukrainischer Massenmedien.**

Einer der Tricks des Kommandeurs der 93. Brigade Bryshinskij ist die Nutzung von Lautsprechern. Für die Aufnahme von Videoreportagen, die die Volksmiliz der DVR des Beschusses beschuldigen, wurde auf den Positionen der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Granitnoje ein starkes akustisches System genutzt, das Geräusche von Kampfhandlungen imitierte. Zur Erstellung einer inszenierten Reportage wurden ein weiteres Mal Journalisten des ukrainischen Fernsehsenders „ICTV“ herangezogen, deren Arbeit unter Kontrolle von Offizieren des 83. Zentrums für informationspsychologische Operationen erfolgte.

**In den Einheiten der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik gehen die planmäßigen Übungen zur militärischen Ausbildung, die Vervollkommnung von Wissen und praktischen Fertigkeiten der Soldaten weiter.**

In der nächsten Woche werden auf den allgemeinmilitärischen Übungsplätzen der Volksmiliz der DVR planmäßige Kontrollübungen zu allen Gebieten der militärischen Ausbildung stattfinden. Zum Abschluss der Kontrollübungen beginnt für die Einheiten der Volksmiliz die abschließende Etappe des Ausbildungsjahres – die abschließende Überprüfung des Ausbildungsjahres 2021.

Außerdem besuchten in der letzten Woche Mitglieder der militärisch-patriotischen Bewegung „Junge Garde – Jungarmee“ mit Unterstützung von Genossen aus der gesamtrossischen Bewegung das internationale militärtaktische Forum „Armija 2021“, das auf den Höhen von Sambek stattfand.

snanews.de: **Putin wirbt für Kooperation Russlands mit EU beim Klimawandel**

Russland ist laut dem russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin an einer Zusammenarbeit mit der Europäischen Union im Bereich Klimawandel interessiert, kann aber den durch die Europäische Kommission vorgeschlagenen Regeln nicht zustimmen.

„Natürlich sind wir daran interessiert, gemeinsam am Naturschutz zu arbeiten, Schritt für Schritt, was darauf abzielt, einen katastrophalen Klimawandel zu verhindern, aber wir können den vorgeschlagenen Regeln, die eindeutig im Widerspruch mit den Normen der Welthandelsorganisation stehen, nicht zustimmen, daher verfolgen wir diese Diskussionen aufmerksam; wir werden mit unseren Partnern in allen Regionen der Welt, einschließlich der Europäischen Union, zusammenarbeiten“, sagte der Präsident laut Medien in einer Plenarsitzung beim Östlichen Wirtschaftsforum am Freitag.

Dem Präsidenten zufolge wollen einige Volkswirtschaften und Länder anderen Staaten ihre Wettbewerbsvorteile nehmen, weshalb zum Beispiel jetzt in der Europäischen Union über eine „Umweltsteuer“ gesprochen wird.

„Wir sehen, dass dies noch keine konsolidierte Position ist, und dass es unter Experten und auf der Regierungsebene ein Verständnis dafür gibt, dass das zunächst angekündigte Vorgehen nicht als fair und völkerrechtskonform bezeichnet werden kann“, fügte Putin hinzu.

Putin zufolge wird „der Kampf gegen den Klimawandel oft zur Lösung aktueller wirtschaftlicher Probleme eingesetzt, dies ist ein Wunsch, den Energiemarkt zu reformieren, und in vielen Ländern wird er in der innenpolitischen Agenda verwendet“.

Die Europäische Kommission hat am 14. Juli einen Entwurf der grenzüberschreitenden CO<sub>2</sub>-Verordnung veröffentlicht. Demnach wollen europäische Beamte die in der EU hergestellten Produkte mit minimalen CO<sub>2</sub>-Emissionen und die Produkte anderer Länder, in denen

Technologien mit hohen Emissionsausstößen verwendet werden, angleichen. Das CO2-Grenzausgleichssystem soll schrittweise eingeführt werden und gilt zunächst für eine ausgewählte Anzahl von Waren, bei denen ein hohes Risiko der Verlagerung von CO2-Emissionen besteht. Ab 2023 gilt für diese Produkte ein Berichterstattungssystem, um eine reibungslose Einführung und den Dialog mit Drittländern zu erleichtern, und die Importeure werden ab 2026 einen finanziellen Ausgleich zahlen müssen.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/09/03/3462165\\_0:0:3039:1709\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_100e991fc19e2a78e50cc8b567103a93.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/09/03/3462165_0:0:3039:1709_1920x0_80_0_0_100e991fc19e2a78e50cc8b567103a93.jpg)

**mil-lnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR  
Oberleutnant I.M. Filiponenko über die Lage an der Kontaktlinie vom 28. August bis 3.  
September 2021**

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und ziehe die Bilanz der letzten Woche.

**In den letzten 24 Stunden wurden eine Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 57. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Mischantschuk von den Positionen im Gebiet von Nowotoschkowskoje aus **Golubowskoje** mit Granatwerfern beschossen.

Insgesamt hat haben die BFU **in der letzten Woche 13-mal das Regime der Feueinstellung verletzt**, wobei **sechs Ortschaften** der Republik in Richtung Popasnaja und Slawjanoserbsk beschossen wurden. ...

**Ein Soldat der Volksmiliz der LVR wurde tödlich verletzt.** ...

Das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ nutzt weiter Fahrzeuge mit Symbolen der ukrainischen Seite im GZKK zur Gewährleistung von Aufgaben der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte im Frontbereich. ...

Die nicht kampfbedingten Verluste unter den Soldaten der BFU betragen in der letzten Woche fünf Verletzte. ...

**snanews.de: Armeeübung „Sapad-2021“: Nato stellt Forderungen an Russland**

Die Nato hat nach eigenen Angaben keine Einladung zum russischen Militärmanöver „Sapad-2021“ erhalten, will die Truppenübung aber aufmerksam beobachten. Die offizielle Sprecherin der westlichen Militärallianz fordert von Russland die Sicherstellung der Transparenz im Zuge des Manövers.

Nato-Sprecherin Oana Lungescu hat von Russland gefordert, für Transparenz beim Militärmanöver „Sapad-2021“ zu sorgen. Alle Länder hätten das Recht, ihre Streitkräfte zu trainieren, „aber sie müssen ihre Transparenzverpflichtungen einhalten“, sagte sie gegenüber

Journalisten. Eine Einladung zur russischen Gefechtsübung hätten Nato-Beobachter bisher nicht erhalten.

Gleichwohl wolle das westliche Militärbündnis die russische Übung sehr aufmerksam verfolgen, sagte die Sprecherin unter Berufung auf das Wiener Dokument der OSZE. „Das Dokument schreibt Beobachter bei Übungen mit mehr als 13.000 Teilnehmern vor.“ Das Ausmaß der bisherigen „Sapad“-Übungen hat Lungescu zufolge alle Ankündigungen übertroffen.

Das russische Verteidigungsministerium hat am heutigen Freitag erklärt, zur Teilnahme am Militärmanöver „Sapad-2021“ seien Streitkräftekontingente von neun befreundeten Nationen eingeladen worden: Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Tadschikistan, Kirgistan, der Mongolei, Sri-Lanka, Indien und Serbien. Weitere Länder dürfen ihre Beobachter entsenden, nämlich China, Vietnam, Myanmar, Pakistan und Usbekistan. Die Streitkräfte der teilnehmenden Staaten würden am heutigen Freitag auf dem Truppenübungsplatz Mulino circa 300 Kilometer östlich von Moskau erwartet.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/09/03/3463943\\_0:159:3073:1888\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_04e4bfd03ccfee1d84dde22fd4802cbf.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/09/03/3463943_0:159:3073:1888_1920x0_80_0_0_04e4bfd03ccfee1d84dde22fd4802cbf.jpg)

## abends:

snaneews.de: **Afghanische Provinz Pandschir von Taliban eingenommen – Sprecher**

Die radikal-islamischen Taliban haben nach Angaben ihres Sprechers Bilal Karimi die afghanische Provinz Pandschir unter ihre Kontrolle gebracht.

Der Vize-Präsident Afghanistans Amrullah Saleh, der sich nach der Flucht von Präsident Ashraf Ghani zum Interimspräsidenten des Landes erklärt hatte, dementierte den entsprechenden Twitter-Beitrag von Karimi.

„Der Widerstand dauert an, und wird andauern“, so Saleh.

Er dementierte außerdem Berichte, denen zufolge er aus dem Land geflohen sein soll.

Ein weiterer Sprecher der Taliban-Bewegung, Sabihulla Mudschahid, sagte am Donnerstag, der Einsatz in Pandschir sei begonnen worden, nachdem Verhandlungen mit der „bewaffneten örtlichen Gruppe“ dort fehlgeschlagen seien. Die Kämpfer der Taliban hätten dabei Gebiet erobert.

Dagegen erklärte ein Sprecher der Nationalen Widerstandsfront von Afghanistan (NRFA), man habe alle Vorstöße der Taliban abgewehrt und kontrolliere weiter alle Zugänge zum Pandschir-Tal. Beide Seiten berichteten von schweren Verlusten auf der gegnerischen Seite. Zuletzt wurde erwartet, dass die Taliban in Kürze ihre Regierung vorstellen. Unklar blieb der genaue Termin dafür. Während Taliban-Sprecher Mudschahid sagte, es dürfte einige Tage

dauern, sagte ein anderer Taliban-Vertreter, es werde eine Zeremonie im Präsidentenpalast vorbereitet. Der Privatsender Tolo berichtete, die Verteilung der Ministerposten werde in Kürze bekanntgegeben.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/03/3466208\\_0:43:1080:651\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_1545e4064dc64330500dcafb8aa93894.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/03/3466208_0:43:1080:651_1920x0_80_0_0_1545e4064dc64330500dcafb8aa93894.jpg)